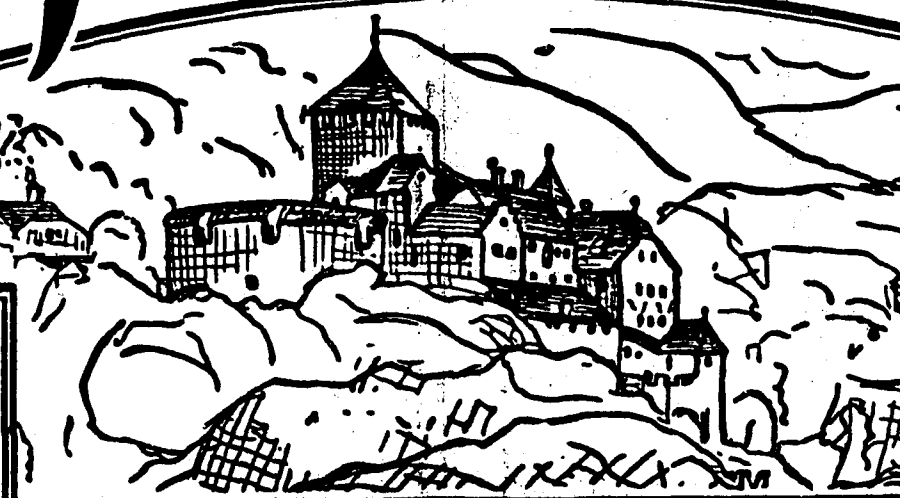


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.) Tel. Nr. (071) 731 60. Verwaltung: Vaduz Tel. (075) 221 43 Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988



Organ für amtliche Rundmachungen

Anzeigenpreise: die 1 Spalt. mm-Zeile Anzeigen Reklame
Inland 8 Rp. 21 Rp.
Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.
Uebrig Schweiz 11 Rp. 25 Rp.
Ausland 13 Rp. 29 Rp.



Anzeigenannahme für das Inland:
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
Schweizer Annoncen A.-G.
St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Parteitag der Fortschrittlichen Bürgerpartei in Mauren

Imposante Kundgebung mit über 350 Teilnehmern!

Die Einladung zum Unterländer Parteitag beantworteten unsere Parteifreunde im Unterland mit einem Großaufmarsch, der den imposanten Parteitag vom letzten Jahr noch zu übertreffen vermochte. Annähernd 400 Teilnehmer besetzten den letzten Platz des großen Gemeindefaules in Mauren, als

**Parteipräsident
Dr. Richard Meier**

die Tagung mit folgenden Worten eröffnete:

Liebe Parteifreunde!

„Das Liechtensteinische Volk hat am 1. September 1957 den Landtag für die Dauer von vier Jahren bestellt. Trotzdem stehen wir abermals vor Landtagswahlen, nachdem einige verantwortungslose Union-Politiker glaubten, den Willen des Volkes nicht respektieren zu müssen und auf undemokratische Weise Neuwahlen erzwingen.“

Zum zweiten Male innert sechs Monaten hat Euch darum die Parteileitung in diesen Saal eingeladen. Sie hat Euch eingeladen zu einer großen, machtvollen Kundgebung der Unterländer Bürgerpartei quasi als Abschluß und Krönung der Versammlungen und Besprechungen in den einzelnen Ortsgruppen.

Diese Parteitagung soll Euch nochmals zusammenfassend das letzte Entscheidende mit hinausgeben zum Endspurt in diesem uns mutwillig aufgezwungenen Wahlkampf.

Ich begrüße somit im Namen der Parteileitung herzlich Euch alle, jung und alt. Euch alte Parteikämpfer mit Eurer Besonnenheit und Erfahrung, Euch junge Parteifreunde, mit Eurem jugendlichen Schwung und Draufgängertum. Gerade diese Mischung braucht die Partei, damit sie vorwärtsstreben kann, ohne auf Tradition und Bewahrung verzichten zu müssen. Ich danke Euch allen für Euer Kommen!

Besonderen Gruß entbiete ich unseren verehrten Referenten Alt Reg.-Chef Justizrat Dr. Hoop und Regierungschef Alexander Frick und fürstl. Kommerzienrat Oswald Bühler. Diese Männer werden Euch heute Abend noch einmal Programm und Sendung der Bürgerpartei dozieren und Euch die Parole mitgeben zur Landtagswahl am nächsten Samstag und Sonntag.

Wer wäre dazu berufener als die Männer, die 40 Jahre Bürgerpartei und seit 30 Jahren Bürgerpartei-Mehrheit verkörpern?

Nehmt also die Parole heute Abend mit Euch hinaus in Eure Gemeinden, auf die Straßen, in die Häuser, in die Wirtschaften, an den Arbeitsplatz und laßt die Begeisterung nicht mehr erkalten, bis am Sonntag-Nachmittag das Wahlergebnis bekanntet, daß das liechtensteinische Volk in seiner großen Mehrheit der Liste der Bürgerpartei das Vertrauen geschenkt, und damit denen die richtige Antwort erteilt hat, die da glaubten, man könne ungestraft unter Mißachtung und Schädigung der Landesinteressen Sabotage am Vaterland verüben.

Unterländer, gib am Samstag und Sonntag

mit Deinem Stimmzettel den sturen Union-Politikern die richtige Antwort und zwar mit der Liste der Bürgerpartei! (Großer Beifall.)

Hierauf betrat unter dem Beifall aller Anwesenden

**a. Regierungschef f. Justizrat
Dr. Josef Hoop**

das Rednerpult.

Einleitend erklärte Dr. Hoop, daß die Union bei den Wahlen vom 1. September 1957 das Opfer ihrer überspitzten Versprechen und Propaganda geworden sei. Statt des so gut wie in der Tasche gehaltenen Sieges sei es zu einer Niederlage der Union gekommen und aus dieser Mißstimmung heraus sei die Wahlbeschwerde geboren worden. Man habe mit allen Mitteln die fadenscheinigsten Gründe zusammengesucht, um die herrschende Unzufriedenheit zu besänftigen, indem man einfach die Behauptung aufgestellt habe, es sei bei den Wahlen nicht mit rechten Dingen zugegangen. — Als die eingehende Untersuchung ergeben habe, daß die Beschwerde in allen Punkten unbegründet war und der Landtag die Beschwerde verworfen habe, habe sich der Widerstand der Union noch versteift, obwohl die Union habe wissen müssen, daß damit über die Gültigkeit der Wahl die eigentliche Entscheidung gefallen war. Die Union habe einerseits durch ihre praktische Mitarbeit die Gültigkeit der Wahlen anerkannt und der Abgeordnete Dr. Vogt habe im Landtag selbst erklärt, daß die Wahlbeschwerde erledigt sei. Trotz dieser klaren Situation habe aber die Union dennoch eine weitere Mitarbeit versagt. Nach Abschreibung der Wahlbeschwerde habe sie einfach andere Gründe gesucht und kühn geschrieben, ihr Maximalprogramm sei erfüllt, man habe die Fraktion der Union im Landtag nicht so behandelt, wie es erwartet worden sei und übrigens hätte die Union jene Männer, die sie dem Landtag zur Wahl in die Regierung vorschlug, nur kurzfristig, d. h. bis zum Termin baldiger Neuwahlen bestellt. Unter Anführung dieser neuen Gründe habe die Union eine Rechtfertigung für ihren unverständlichen Standpunkt gesucht. Zudem habe sie das Schlagwort „Wiederherstellung des verletzten Rechtes“ geprägt, um damit beim Volk den Eindruck erwecken zu können, die Union kämpfe für Recht und Gerechtigkeit. Damit habe die Union einfach die Tatsachen auf den Kopf stellen wollen. Sie selbst habe das Recht verletzt, indem sie sich einfach über das Recht hinweggesetzt habe. „Nun, meine lieben Parteifreunde!“ so fuhr Justizrat Dr. Hoop fort,

das liechtensteinische Volk wird auf dieses Schlagwort der Union nicht hereinfallen. Es wird sich mehr für die Leistungen der Bürgerpartei als für die großen Lettern im „Vaterland“ interessieren.

Es wird zum Beispiel für die Tatsache, daß sich unter der Regierungszeit der Bürgerpartei seit dem Jahre 1928 die Sozialleistungen des Staates um das Hundertfünffache vermehrt haben, viel mehr übrig haben!

Das liechtensteinische Volk wird auch festgestellt ha-

ben, daß die „Vaterländische Union“ mit ihrem verspäteten Programm zum Teil offene Türen einrennt, indem sie einzelne Punkte des Tätigkeitsprogramms der Bürgerpartei einfach als die ihrigen erklärte. Andererseits verspreche die Union Sachen, die sie in den Spalten des „Vaterland“ überhaupt nicht zur Diskussion zu stellen wage, so z. B. eine Eherechtsreform, Maßnahmen zum Schutze der Industrie vor Krise usw. — Die Bürgerpartei, so führte Dr. Hoop weiter aus, hätte es als verantwortungslos, ja als Täuschung des Volkes betrachtet, wenn sie der Wählerschaft eine Begründung der Punkte im Arbeitsprogramm hätte schuldig bleiben müssen. Die Union habe das aber bedenkenlos getan in der spekulativen Absicht, der Wähler gebe sich mit einer leeren Phrase zufrieden.

Es sei eine altbekannte Tatsache, daß sich Leute, die sich sachlich nicht zu verteidigen wissen, persönlicher Angriffe bedienen. Von diesem Rezept mache die Union derzeit starken Gebrauch. Soweit man in der Presse nicht den Mut habe dieses Mittel anzuwenden, werde es in der Agitation von Mann zu Mann auf unsinnigste und schamloseste Weise angewendet. Besonders auf ihn habe man es abgesehen! — Verschiedene Herren glauben damit jeder sachlichen Diskussion ausweichen zu können. Das ist ein trauriges Schwächezeichen! — Dr. Hoop fuhr dann wörtlich fort: „Aber über all das ärgere ich mich nicht. Eines hat mich aber betroffen: „in meiner Kinderstube hätte man mir Ueberheblichkeit beigebracht!“ — Meine Kinderstube war einfach wie die der Unterländer Bauern und man hat mich nicht Ueberheblichkeit gelehrt. — Ich fordere den oder die miserablen Lumpen, die die Grabesruhe meines Vaters und meiner Mutter stören, auf, mit ihrem Namen hervorzutreten, damit ich mich Aug in Aug mit ihnen auseinandersetzen kann! — Umsomehr aber möchte ich allen jenen danken, die sich gerade wegen dieser unfairen Kampfweise von der Union distanzieren und mir ihre Sympathie bekundet haben. — (Starker Beifall.)

Die Union hat ohne Rücksicht auf Kosten und Zeitverlust diese Neuwahlen vom Zaune gebrochen. Sie tat es ohne Rücksicht auf die Interessen des Volkes und des Staates. Darum wird sie auch die richtige Antwort bekommen! Das Volk weiß, daß die Bürgerpartei keine Ex-

perimente macht und ihre Versprechen hält! Das Volk konnte auch feststellen, daß die Fortschrittliche Bürgerpartei zuerst plant und prüft und erst dann handelt, während die Union zu Handeln vorgibt ohne daß sie die Fragen und Probleme vorerst geprüft hat.

So sieht es also mit dem Programm der Union aus!

Die Fortschrittliche Bürgerpartei weist heute eine Geschlossenheit und Stärke auf, die ihr die Kraft zur Erfüllung aller Aufgaben geben wird. Je stärker wir sind, umso besser werden wir unsere Arbeit meistern können. Wir müssen daher einen eindeutigen Sieg anstreben. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, politische Verhältnisse im Lande herbeizuführen, die eine fruchtbare und erfolgreiche Arbeit zum Wohle unseres Vaterlandes in der Zukunft gewährleisten! (Anhaltender Applaus).

Parteipräsident Dr. Richard Meier dankte Dr. Hoop für seine treffenden Ausführungen und erteilte hierauf das Wort an

**Regierungschef
Alexander Frick**

Liebe Mitbürger!

Es ist eine bekannte Tatsache, daß nach einem Krieg sofort auch die Kriegsschuldfrage aufgeworfen wird. Ueber die Schuldfrage an den beiden Weltkriegen z. B. sind auf beiden Seiten dicke Bände geschrieben worden.

Etwas ähnliches, allerdings im kleinsten Maßstabe, passiert dieser Tage in unserem Lande. Kaum jemand empfindet Freude an der Auflösung einer vor sechs Monaten gewählten Volksvertretung, die doch ordnungsgemäß für vier Jahre bestellt wurde. Allenthalben kann man hören, es wäre in diesen Zeiten besser, das Parlament würde arbeiten, anstatt zu streiken. Jeder fühlt, daß das Prestige unseres Landes besonders im Ausland angeschlagen wurde. Deshalb ist es wie nach dem Ausbruch einer kriegerischen Auseinandersetzung, an der auch kein guter Mensch wirklich Freude haben kann. Man sucht auch bei uns nach den Schuldigen!

Die böse Bürgerpartei hätte die Wahlen vom 1. September 1957 verfälscht, deshalb müßten Neuwahlen das verletzte Recht wieder herstellen, so sagt die Union.

Nun, für die Landtagswahlen vom 1. September 1957 trug ich die Hauptverantwortung. Deshalb komme auch ich einleitend noch kurz auf dieses Thema zu sprechen, denn es liegt mir persönlich außerordentlich viel daran, daß sich über diese Wahlen keine Märchen und Legenden im Stille der Wahlbeschwerde bilden können.

Die Landtagswahl des 1. September 1957 wurde von mir mit aller erdenklichen Sorgfalt vorbereitet. Genaue schriftliche Instruktionen ergingen termingerecht an die Gemeindegewahlkommissionen. Ueberdies wurden sämtliche Mitglieder der Gemeindegewahlkommissionen, sowie der beiden Hauptwahlkommissionen zur Entgegennahme von mündlichen Instruktionen nach Vaduz einberufen. Diese Instruktionen erfolgten durch mich im Beisein der zwei Regierungsräte. Die Wahlregister, die von den Gemeinden eingingen, wurden dem Amte für Statistik zur Kontrolle übergeben. Dieses Amt verfügte über die zur Prüfung nötigen Unterlagen. Aufgrund eines Ueberprüfungsberichtes dieses Amtes wurden dann die Stimmregister bereit-